

Christa Thoben:

# Wir wollen die Attraktivität des Standortes Deutschland sichern

Zunächst zu unseren „Attraktivitäten“:

Deutschland ist eine der führenden westlichen Industrienationen. Unsere Wirtschaft liegt gut im internationalen Wettbewerb. Der Standort Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über bedeutende, positive Stärken. Sie ist nach wie vor leistungsfähig und technologisch auf einem hohen Niveau. Hohe Produktivität, hervorragend qualifizierte Mitarbeiter, hohes Qualitäts- und Leistungsbewußtsein sprechen für den Standort Deutschland. Die stark mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur führt zu einer beachtlichen Flexibilität, Risikobereitschaft und Kreativität.

Diese Eigenschaften sind auch und gerade gefordert für eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels in den neuen Bundesländern. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist die entscheidende Grundlage für die hohe soziale Sicherheit in Deutschland. Auch das hohe Maß an

politischer und gesellschaftlicher Stabilität zeichnen den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Die Sicherung der Geldwertstabilität in Deutschland ist ein Standortfaktor von unschätzbare Bedeutung für die Attraktivität Deutschlands.

Unser Schul- und Berufsausbildungssystem ist ein weiteres wichtiges Merkmal, das für den Standort Deutschland spricht. In keinem anderen Staat ist der Anteil der Erwerbstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung an der Gesamtheit der Erwerbstätigen so hoch wie in Deutschland. Vor allem das duale Ausbildungssystem mit der Verbindung von betrieblicher und schulischer Ausbildung hat sich wegen der Nähe zur beruflichen Praxis bewährt. Auch das differenzierte Hochschulsystem kann sich — trotz aller Probleme — international sehen lassen.

Im internationalen Vergleich erweist sich weiterhin die Infrastruktur als positiver Standortfaktor für Deutschland. Deutschland verfügt über ein sehr dichtes und qualitativ gut ausgebautes Verkehrsnetz. Eine moderne arbeitsteilige Volkswirtschaft ist ohne einen kostengünstigen, zuverlässigen und schnellen Waren- und Dienstleistungstransport nicht mehr denkbar. Auch der Kommunikationsinfrastruktur kommt in einer modernen Volkswirtschaft wachsende Bedeutung für die Qualität eines Standortes zu. Gemessen an der Anzahl der Telefonhauptanschlüsse je 100 Einwohner 1990 liegt Deutschland mit 47 Anschlüssen im Spitzenbereich. Nur Dänemark und die USA verzeichnen mit 55 bzw. 53 Anschlüssen höhere Werte.

## **Doch müssen wir uns fragen: Sind dies die einzig entscheidenden Faktoren?**

Diese unbestritten gute Ausgangslage der deutschen Wirtschaft darf nicht zur Selbstzufriedenheit oder zum Nachlassen der Bemühungen um den Wirtschaftsstandort Deutschland führen. Die Qualität von Standorten ist nichts Statisches. Unsere Nachbarn haben in den vergangenen Jahren vieles unternommen, um die Qualität ihres Standortes zu verbessern. Deshalb muß die Beobachtung und Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die CDU ein Dauerziel sein. In letzter Zeit werden die Stimmen immer lauter, die eine sinkende Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland befürchten und auf die Gefahr von größeren Produktionsverlagerungen ins Ausland hinweisen.

Bereits heute spüren wir, daß der internationale Wettbewerb in Europa, aber auch weltweit zunimmt. Davon betroffen ist nicht nur der Wettbewerb um Marktanteile, sondern auch der Standortwettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze. Wenn die deutsche Wirtschaft beim weltweiten Wettlauf um Investitionen und Arbeitsplätze von morgen nicht von Anfang an mithält, besteht die Gefahr, auf lange Sicht zurückzufallen.

Die deutsche Wirtschaft steht heute vor Entscheidungen, bei denen der Standort Deutschland mit Standorten in anderen westlichen Industriestaaten wie auch in Ländern Osteuropas und in den Entwicklungsländern verglichen wird.

Die Veränderung der grenzüberschreitenden Investitionsströme ist ein unübersehbares Warnsignal. Die in Deutschland vorgenommenen ausländischen Investitionen waren in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland verhältnismäßig gering. Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland betragen 1990 knapp drei Milliarden DM; 1991 waren es schätzungsweise 1,2 Milliarden DM. Dagegen weist die Entwicklung der ungleich umfangreicheren deutschen Investitionen im Ausland auf eine hohe Neigung deutscher Unternehmen hin, an ausländischen Standorten zu investieren. 1990 betragen sie fast 30 Milliarden DM; 1991 waren es rund 28 Milliarden DM. Von 1981 bis 1990 betragen die Nettodirektinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland rund 34 Milliarden DM, während die deutschen Nettodirektinvestitionen im Ausland knapp 149 Milliarden DM erreichten.

Und ein anderes Beispiel: Von 1986 bis 1989 haben die USA in Großbritannien knapp 28 Milliarden Dollar investiert, in den Niederlanden 10 Milliarden Dollar, in Deutschland aber nur 6 Milliarden Dollar. Von 721 neuen japanischen Tochtergesellschaften, die in Europa in den Jahren 1986 bis 1989 entstanden sind, entfielen 273 auf Großbritannien, 116 auf Deutschland und auf die Niederlande 103.

## **Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit als Daueraufgabe!**

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zunächst eine Herausforderung für die Unternehmen. Sie müssen Strategien entwickeln, um auf offenen globalen Märkten bestehen zu können. Bei zunehmend kürzeren Produktzyklen bieten einmal gewonnene Wettbewerbsvorteile keine Garantie mehr für längerfristige Unternehmenserfolge. Marktnähe, Innovationsstärke und schnelle Umsetzung sind unerläßliche Voraussetzungen für dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit.

Doch: Viele wirtschaftlich relevanten Einflußgrößen entziehen sich dem unternehmerischen Gestaltungsspielraum, bleiben aber für die unternehmerische Entscheidungsfindung von erheblicher Bedeutung. Der Staat ist gefordert, stabile und berechenbare Rahmenbedingungen sowie günstige Voraussetzungen für private Investitionen zu schaffen und die Unternehmen für Engagements am heimischen Standort zu gewinnen.

Das dynamische Geschehen in der Weltwirtschaft erfordert daher nicht nur flexible unternehmerische Strategien, sondern auch dazu passende Antworten der Politik. Ein Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus unterstreicht die Stärken und Schwächen des Standortes Deutschland und gibt Hinweise auf den politischen Handlungsbedarf.

## I. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen

Was unseren Standort so teuer macht:

- 1.** Bei den Arbeitskosten je Stunde liegt Deutschland an der Spitze (Tabelle 1) und damit deutlich über dem Niveau in den wichtigsten Konkurrenzländern wie Japan, Frankreich, Großbritannien und den USA. Die Arbeitskostenposition wird auch maßgeblich mitgeprägt durch die Höhe der Personalnebenkosten (Tabelle 2). Auch hier war Deutschland 1990 vor Japan, den USA, Großbritannien, Frankreich und selbst vor Schweden einsamer Spitzenreiter.
- 2.** Hohe Arbeitskosten geben für sich gesehen noch keinen Aufschluß auf mögliche Wettbewerbsnachteile. Sie können durch eine entsprechend hohe Produktivität ausgeglichen werden. Die Produktivität in der deutschen Wirtschaft ist zwar hoch, beim Produktivitätsfortschritt wird jedoch für die 70er und 80er Jahre für Deutschland nur ein Rang im Mittelfeld ausgewiesen (Tabelle 3). Weitaus stärker als in Deutschland hat sich die Produktivität in den vergangenen zehn Jahren zum Beispiel in Belgien, Großbritannien, den USA und Japan erhöht.
- 3.** Ein Standort kann sich hohe Arbeitskosten nur dann leisten, wenn sie dort auch durch eine entsprechend hohe Produktivität verdient werden. Stehen Standorte miteinander in Konkurrenz, hängt die Wettbewerbsfähigkeit auch vom Verhältnis zwischen Produktivität und Arbeitskosten — also den Lohnstückkosten — ab. Die Lohnstückkosten bestimmen die Wettbewerbsposition einer Wirtschaft entscheidend.

In wichtigen Industrieländern wie den USA und Japan sind die Lohnstückkosten geringer gestiegen als in Deutschland (Tabelle 4). Auch der Anstieg der Lohnstückkosten in Frankreich und Großbritannien ist im Vergleich zu Deutschland deutlich geringer ausgefallen. Die Position der USA, Japan, Frankreich und Großbritannien hat sich durch einen stärkeren Anstieg der Produktivität gegenüber Deutschland verbessert.

In Deutschland hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten seit 1990 weiter beschleunigt. Betrug die Steigerungsrate 1989 noch 0,56 Prozent gegenüber

dem Vorjahr, so hat sie sich 1990 auf 2,8 Prozent verfünffacht. 1991 hat sich dieser Anstieg auf rund 5 Prozent weiter verstärkt.

4. Im internationalen Vergleich der Arbeitszeiten und Fehlzeiten weist Deutschland nach Schweden und Norwegen die geringste Arbeitszeit aus (Tabelle 5). In Japan, den USA und Großbritannien wird deutlich länger gearbeitet als in Deutschland. Die Gründe liegen zum einen in der kürzeren Wochenarbeitszeit und zum anderen in den höheren Ausfallzeiten. Deutschland liegt bei den Ausfalltagen (Urlaub, Feiertage, Krankheit, sonstige Fehlzeiten) im Spitzenbereich. Frankreich und Großbritannien dagegen befinden sich im Mittelfeld. Die USA und Japan schneiden am günstigsten ab.

## II. Internationaler Wettbewerb der Steuersysteme

Deutschland steht international auch im Wettbewerb der Steuersysteme. Je leichter es für die Unternehmen wird, ihren Produktionsstandort oder ihre Unternehmensleitung dorthin zu verlegen, wo die Kostenbelastung durch Steuern und Abgaben, durch Personal- und Energiekosten geringer ist, desto weniger ist es möglich, sich diesem Wettbewerb zu entziehen.

1. Die deutsche Wirtschaft weist im internationalen Vergleich eine hohe steuerliche Belastung auf. Viele Industrieländer haben in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für ihre Wirtschaft verbessert. Die USA, Großbritannien, Japan und selbst sozialistisch regierte Länder wie Österreich und Frankreich haben die psychologisch wichtigen Höchstsätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer drastisch gesenkt. Unter den vergleichsweise ungünstigen steuerlichen Rahmenbedingungen leidet die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland (Tabelle 6 und 7).

2. Die Unternehmensbesteuerung in Deutschland weist auch schwerwiegende strukturelle Mängel auf. Das Risikokapital ist in Deutschland durch eine hohe ertragsunabhängige Besteuerung benachteiligt (Tabelle 8). Die ertragsunabhängigen Steuern belasten die Substanz der Unternehmen und schaden der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Sie werden unabhängig davon erhoben, ob ein Unternehmen einen Gewinn erzielt oder nicht. Hierdurch wird die Bereitschaft zu Investitionen gemindert und bestehende oder neu geschaffene Arbeitsplätze gefährdet. Sie treffen zudem den Mittelstand als Träger des wirtschaftlichen Wachstums.

3. Die Gewerbesteuer ist international die Ausnahme. Eine Steuer, die mit der deutschen Gewerbesteuer mehr oder weniger identisch ist, wird nur in

Japan, Luxemburg und Österreich erhoben. Einige andere Staaten erheben gewerbesteuerähnliche Abgaben, so zum Beispiel Frankreich und die USA. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere die Höhe der heutigen Gewerbesteuer eine Sonderbelastung für die deutschen Unternehmen. Auch die Vermögensteuer und die Gewerbekapitalsteuer werden in vielen Ländern nicht erhoben. In Belgien, Griechenland, Großbritannien, Italien und Portugal gibt es keine allgemeine Vermögensteuer. In den USA werden vorwiegend auf kommunaler Ebene verschiedenartige Eigentumsteuern erhoben.

### III. Umweltschutz als internationaler Standortfaktor

Deutschland ist führend im Umweltschutz. Der Schutz der Umwelt ist nicht nur die Aufgabe des Staates, sondern auch der Wirtschaft. Vor allem die hohen privaten Umweltschutzinvestitionen haben zu einer guten Position Deutschlands bei Umwelttechnologien geführt. Eine vorausschauende Politik erspart den Unternehmen auf lange Sicht die Kosten der umweltpolitischen Nachsorge und schafft Wettbewerbsvorteile im Bereich der Umwelttechnologien. Umweltqualität wird sich zunehmend als Standortvorteil erweisen. Der Technologievorsprung im Umweltbereich geht aber einher mit einer hohen Kostenbelastung.

**1.** Ein internationaler Vergleich der privaten Umweltschutzausgaben weist aus, daß die deutsche Wirtschaft ihre Umweltschutzausgaben mehr als verdoppelt hat. In Großbritannien, Japan, Kanada und Norwegen sind dagegen die privaten Umweltschutzausgaben deutlich zurückgegangen (Tabelle 9).

**2.** Bezogen auf das Bruttosozialprodukt liegt Deutschland bei den Umweltschutzausgaben 1990 an zweiter Stelle nach Österreich (Tabelle 10). Auch die USA liegen noch im oberen Bereich. Sie gaben wie Deutschland bereits in den 80er Jahren einen verhältnismäßig hohen Anteil des Bruttosozialproduktes für Umweltschutz — allerdings im Gegensatz zu Deutschland und Österreich mit sinkender Tendenz — aus. Großbritannien und Frankreich geben für den Umweltschutz weniger als ein Prozent ihres Bruttosozialproduktes aus.

Es spricht für Deutschland, daß sich bei uns immer mehr die Einsicht durchsetzt, daß Wirtschaftswachstum und Ökologie kein Gegensatz sind und sich Wachstumschancen eröffnen, wenn beim Tempo und den angewandten Instrumenten Sachverstand und Augenmaß gelten. Unsere Vorreiterrolle im Umweltschutz ist jedoch nicht beliebig auszubauen. Präziser: Zumindest

mehr europäischer Gleichschritt ist nötig, damit sich keine Standortnachteile verfestigen.

## IV. Energiepreise als Standortfaktor

Deutschlands Stärke ist auch der hohe technologische Stand und die Leistungsfähigkeit der Energieversorgung. Hier hat Deutschland im internationalen Standortwettbewerb eindeutig Vorteile. Deutschland verfügt über eine ausgewogene Struktur der Energieversorgung. Allerdings ist damit gleichzeitig ein hohes Kostenniveau verbunden. Für die deutsche Wirtschaft ergibt sich im Energiebereich ein Wettbewerbsnachteil gegenüber ausländischen Konkurrenten. Ein Vergleich der Belastung mit Energiekosten zeigt, daß die deutsche Wirtschaft mit überdurchschnittlich hohen Strompreisen belastet ist (Tabelle 11). In wichtigen Konkurrenzländern wie Frankreich und Großbritannien liegen die Elektrizitätspreise je Kilowattstunde deutlich unter dem deutschen Niveau.

Die Ursachen für die Strompreismachteile resultieren insbesondere aus der deutschen Vorreiterrolle bei Umweltschutz, den höheren Kosten für die kerntechnische Sicherheit, Mehrkosten aus der Verstromung heimischer Steinkohle und der Erhebung von Konzessionsabgaben.

## V. Technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Hohes technisches Wissen und ein hohes technologisches Niveau kennzeichnen die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Sie hängt auch zukünftig entscheidend davon ab, inwieweit es deutschen Unternehmen gelingt und erlaubt ist, neueste Generationen von Technologien und Produkten nicht nur zu entwickeln, sondern auch am Markt einzuführen. Moderne Technologien und Produkte sind für die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar. Deshalb ist es erforderlich, hohe Investitionen im Bereich der Zukunftstechnologien zu tätigen.

Der Anteil am Weltmarkt bei diesen Produkten dokumentiert die Innovationsfähigkeit und Leistungsstärke einer Wirtschaft. Der Erfolg im High-Tech-Bereich erfordert hohe Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Sie geben Aufschluß über die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Von daher zählen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu den zentralen Aktionsfeldern der Wirtschaft und Politik. Wachstum und Fortschritt können langfristig nur durch Investitionen in moderne Technologien gesichert werden.

Unsere Ausgangslage ist günstig:

- Die deutschen Anbieter von forschungs- und entwicklungsintensiven Produkten stehen aber auch auf dem Inlandsmarkt in starkem Wettbewerb. Betrachtet man die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, so zeigt sich, daß die Exporterfolge Japans und Deutschlands mit relativ hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung einhergingen. Japan lag mit einem Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von etwas über drei Prozent für das Jahr 1989 vor Deutschland, das 1989 und 1990 jeweils über 2,8 Prozent erreichte. Von den sieben großen Industrienationen bewegen sich nur noch die USA auf gleichem Niveau. Dagegen investierten sowohl die französische als auch die britische Wirtschaft 1988 fast einen halben Prozentpunkt weniger in Forschung und Entwicklung.
- Bei den Patentanmeldungen gehört Deutschland mit 15.022 Anmeldungen 1992 nach den USA mit 24.755 und Japan mit 19.678 zur Weltspitze. Es folgen Großbritannien mit 5.623 Patentanmeldungen und Frankreich mit 5.507. Die Anzahl der Patentanmeldungen gibt Anhaltspunkte für die zukünftige Entwicklung in einzelnen Marktsegmenten.
- Für eine insgesamt hohe technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands sprechen auch die Ergebnisse des jüngsten nationalen Ifo-Innovationstestes: Der Anteil der innovativen Unternehmen hat erheblich zugenommen. Ihr Anteil ist von 1979 mit 60 Prozent auf rund 75 Prozent 1987 angestiegen; gerade die größten Branchen (Elektrotechnik, Maschinenbau) zählen zu den Innovationsspitzenreitern mit positiven Impulsen für andere Sektoren. Die Stärke der deutschen Wirtschaft liegt insbesondere im Vergleich zu Japan in ihrer breit angelegten Präsenz auf einer Vielzahl technologisch anspruchsvollen Märkte, vor allem auch dort, wo traditionelle Produkte mit neuester Technik kombiniert werden (z. B. Mikroelektronik und Maschinenbau oder Fahrzeugbau).
- Im Welthandel mit Produkten der verarbeitenden Industrie waren die deutschen Unternehmen 1989 mit einem Anteil von 17,4 Prozent eindeutig führend. Es folgen die USA mit 14,7 Prozent und Japan mit 14,2 Prozent vor Frankreich mit 8,4 Prozent und Großbritannien mit 7,2 Prozent. Weniger günstig liegt Deutschland bei Spitzen- und höherwertigen Technologien. Mit einem Anteil von 14,4 Prozent liegt Deutschland bei Spitzentechnologien an dritter Stelle hinter den USA und Japan und bei den höherwertigen Technologien mit 21,6 Prozent an zweiter Position hinter Japan.

## **Die Standortbedingungen Deutschlands erhalten und verbessern!**

Wettbewerbsfähigkeit ist einem Wettlauf vergleichbar, nicht aber einem Vergleich von Körpergewicht. Die Qualitätspflege des Wirtschaftsstandortes



Deutschland bleibt in einer Phase rapiden wirtschaftlichen Wandels deshalb eine Daueraufgabe für alle Beteiligten, für Wirtschaft und Politik, wie auch für die Tarifparteien.

Auf welchen Feldern besteht Handlungsbedarf?

- Deutschland und Europa muß sich der asiatischen und transatlantischen Herausforderung stellen. Dazu brauchen wir einen verlässlichen Rahmen für Zukunftstechnologien. Wer nur auf Risiken abhebt und nicht mit den Chancen verantwortlich umgeht, gefährdet den Standort Deutschland.
- Wirtschaft, Wissenschaft und Politik müssen den Dialog über künftige technologische, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklungen vertiefen. Die Akzeptanz technologischer Neuerungen, Flexibilität und Innovationsfähigkeit sind unverzichtbare Grundlagen für eine moderne und leistungsfähige Wirtschaft.
- Die Deregulierung von Wirtschaftsbereichen und weitere Privatisierungsanstrengungen sind auch in Zukunft zur Schaffung neuer Spielräume für Ideenreichtum und Flexibilität weiter voranzubringen. Freiräume und Entscheidungsspielräume sind die wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß die Stärken unserer Wirtschaft und ihre Innovationskraft und Leistungsfähigkeit sich entfalten können.
- Die Begrenzung der Lohnnebenkosten bleibt auch in Zukunft eine vordringliche Aufgabe. Die Tarifpartner in Deutschland können durch Zurückhaltung bei den tariflichen und betrieblichen Lohnnebenkosten ihren Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands leisten. Sie sollten künftig ihre Vereinbarungen wieder näher an den Betrieben orientieren.
- Unsere Unternehmen stehen vor der Aufgabe, flexible Strategien als Antwort auf die internationalen Herausforderungen — auch und gerade auf den heimischen Märkten — zu entwickeln und ihre Produkte den neuen technologischen Anforderungen anzupassen. Sie müssen heute ihren unternehmerischen Entscheidungen zunehmend den Weltmarkt zugrunde legen.
- Ziel muß es sein, die Belastung durch Steuern auf das internationale Niveau zu reduzieren. Dazu gehört die Verminderung der ertragsunabhängigen Belastung der Unternehmen. Auch die ertragsabhängige Besteuerung muß gesenkt werden, da sie die Leistungsbereitschaft und Innovationskraft der Wirtschaft dämpft. Dabei geht es vor allem darum, im internationalen Wettbewerb Investitionen und Arbeitsplätze zu sichern. Ein investitionsfreundliches Steuersystem ist dafür unabdingbare Voraussetzung, wenn der Wirtschaftsstandort Deutschland für in- und ausländische Investitionen attraktiv bleiben soll.
- Ökologische Fehlentwicklungen sind nicht regional begrenzt. Die Probleme des Klimaschutzes können von uns nur dann erfolgreich gelöst

werden, wenn ihrem Charakter in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Deshalb ist im Umweltschutz eine stärkere internationale, vor allem europäische Harmonisierung der Umweltschutzanforderungen unentbehrlich. Dabei müssen wir uns auch darauf verständigen, daß — auch mit unserem Geld — die Umweltschutzinvestitionen weltweit dort stattfinden, wo sie den größten Beitrag zur Bewältigung der weltweiten Umweltprobleme leisten können.

## Anhang

Tabelle 1

Arbeitskosten der Verarbeitenden Industrie \*

Land	1970		1980		1990		1991	
	DM	Rang	DM	Rang	DM	Rang	DM	Rang
Deutschland **	9,42	5	23,46	3	37,88	1	40,48	1
Schweiz	11,38	3	21,80	5	36,74	2	38,83	2
Norwegen	9,16	6	***		32,74	4	38,48	3
Schweden	11,13	4	24,02	2	35,29	3	37,02	4
Italien	6,94	10	17,54	8	29,82	8	32,28	5
Niederlande	7,99	8	23,27	4	30,36	6	32,12	6
Belgien	7,85	9	24,46	1	30,05	7	31,72	7
Dänemark	8,76	7	20,93	6	30,54	5	31,22	8
Österreich	5,22	13	15,14	11	28,46	9	31,09	9
Kanada	12,74	2	16,84	10	26,73	10	29,66	10
Japan	3,94	14	12,38	13	25,85	11	29,63	11
Frankreich	6,46	11	17,40	9	25,65	12	26,73	12
Verein. Staaten	15,80	1	18,27	7	24,18	14	25,57	13
Großbritannien	5,88	12	13,32	12	24,72	13	22,76	14
Spanien	3,07	15	11,70	14	21,88	15	22,50	15
Griechenland	2,74	16	6,66	15	10,49	16	11,14	16

\* Stundenlöhne und Personalzusatzkosten in DM

\*\* Westdeutschland

\*\*\* Keine Angaben

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung; 20.2.1992; S. 17,

Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln; IW-trends 2/1992

Tabelle 2

Vergleich der Arbeitskosten pro Stunde in der Verarbeitenden Industrie  
(1991 in DM)

Staat	Personalkosten	Direktentgelt	Personalnebenkosten	Personalnebenkostenquote <sup>1)</sup>
Deutschland	40,48	21,73	18,75	86,3
Schweiz	38,83	25,75	13,08	50,8
Norwegen	38,48	25,40	13,08	51,5
Schweden	37,02	21,11	15,91	75,4
Italien	32,38	15,80	16,58	64,3
Niederlande	32,12	17,70	14,42	81,5
Belgien	31,72	17,10	14,62	85,5
Dänemark	31,22	25,20	6,02	23,9
Österreich	31,09	15,76	15,33	97,3
Kanada	29,66	21,80	27,86	36,1
Japan	29,63	22,57	7,06	31,3
Frankreich	26,73	14,09	12,64	89,7
USA	25,57	18,56	7,01	37,8
Großbrit.	22,76	15,92	6,84	43,0
Spanien	22,50	13,89	8,61	62,0
Irland	21,66	15,09	6,57	43,5
Griechenland	11,14	6,77	4,37	64,5
Portugal	7,88	4,49	3,39	75,5

1) Personalnebenkosten bezogen auf das Direktentgelt

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln; IW-trends 2/1992, S. 24

Tabelle 3

Produktivität \*  
im Verarbeitenden Gewerbe

Land	1970/80		1980/90	
	Prozent	Rang	Prozent	Rang
Belgien	7,1	1	4,7	1
Großbritannien	2,4	11	4,7	2
Japan	5,9	3	4,5	3
Italien	5,8	4	4,1	4
Frankreich	4,5	6	4,0	5
Niederlande	6,0	2	3,9	6
Deutschland **	4,0	7	3,3	7
Verein. Staaten	2,3	12	3,1	8
Norwegen	2,6	10	3,0	9
Kanada	2,7	9	2,3	10
Schweden	3,4	8	2,0	11
Dänemark	5,6	5	1,8	12

\* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde als  
jahresdurchschnittlicher Zuwachs in Prozent

\*\* Westdeutschland

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung; 20.2.1992; S. 17,  
(nach Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Tabelle 4

Lohnstückkosten \*  
im Verarbeitenden Gewerbe

Land	1970/80		1980/90	
	Prozent	Rang	Prozent	Rang
Italien	13,2	2	8,0	1
Schweden	9,5	5	6,7	2
Norwegen	9,9	4	4,9	3
Kanada	7,8	7	4,5	4
Dänemark	8,2	6	4,0	5
Großbritannien	15,5	1	3,8	6
Frankreich	10,2	3	3,7	7
Deutschland **	5,8	12	3,4	8
Vereinigte Staaten	6,5	10	1,6	9
Belgien	6,7	9	0,7	10
Japan	7,4	8	0	11
Niederlande	6,1	11	- 0,4	12

\* Lohnkosten je Produktionseinheit als jahresdurchschnittliche Veränderungen in Prozent (auf Basis nationaler Währung)

\*\* Westdeutschland

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung; 20.2.1992; S. 17,

(nach Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Tabelle 5

## Arbeitszeit im Verarbeitenden Gewerbe \*

	<u>1970</u>	Rang	<u>1980</u>	Rang	<u>1990</u>	Rang	Veränderung 1990 gegenüber 1970 in v.H.
Japan	2.252	1	2.140	1	2.103	1	- 6,6
USA	1.930	4	1.941	2	1.981	2	+ 2,6
Großbritannien	2.101	2	1.897	3	1.912	3	- 9,0
Italien	1.967	3	1.720	5	1.773	4	- 9,9
Frankreich	1.930	4	1.768	4	1.667	5	-13,6
Dänemark	1.871	8	1.688	7	1.624	6	-13,2
Niederlande	1.879	7	1.663	8	1.575	7	-16,2
Deutschland	1.889	6	1.701	6	1.567	8	-17,0
Schweden	1.744	10	1.472	10	1.533	9	-12,1
Norwegen	1.839	9	1.540	9	1.505	10	-18,2

\* Effektiv geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer, Stunden pro Jahr.

Quelle: Internationale Wirtschaftszahlen 1992; IW; Tabelle 29

Tabelle 6

Vergleich der Körperschaftsteuersätze<sup>1</sup> in wichtigen  
Industrieländern 1984 - 1991 (v.H.)

	1984	1991	Differenz in Prozentpunkten
Deutschland	56	50	- 6
Italien	46,4	47,8	+ 1,4
darunter: Zentralstaat	36	36	
Japan	49,3	44,0	- 5,3
darunter: Zentralstaat	43,3	37,5	
Irland	50	40	- 20
Belgien	43 <sup>2</sup>	39	- 4
Portugal	42,8 <sup>2</sup>	36	- 6,8
Niederlande	48	35	- 13
Spanien	35 <sup>2</sup>	35	0
USA	46	34	- 12
Frankreich	50	34	- 16
Großbritannien	45	30	- 15
Schweden	52,4	30	- 22,4
Österreich	55	30	- 25

1) auf nicht-ausgeschüttete Gewinne

2) 1988

Quelle: Alfred Boss: Unternehmensbesteuerung und Standortqualität, Kieler  
Diskussionsbeiträge 145/146, Kiel 1988, S. 56;  
-; Gutachten der Kommission zur Verbesserung der steuerlichen  
Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze, Bonn 1991, S. 29,  
Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln; IW-trends 2/1992, S. 38

Tabelle 7

Vergleich der Höchstsätze bei der Einkommensteuer in  
ausgewählten Industrieländern 1985 - 1991 (v.H.)

	1985	1991	Differenz in Prozentpunkten
Japan	76 <sup>1</sup>	65	- 11
Niederlande	72	60	- 12
Belgien	76,9 <sup>1</sup>	60	- 16,9
Italien	65	58,1	- 6,9
Frankreich	65	56,8	- 8,2
Spanien	56 <sup>1</sup>	56	0
Deutschland	56	53	- 3
Irland	61	52	- 9
Österreich	62	50	- 12
Schweiz (Zürich)	42,7	40,9	- 1,8
Großbritannien	60	40	- 20
Portugal	60 <sup>1</sup>	40	- 20
USA (New York)	58,8	36,2	- 22,6
darunter: Bundessteuer	50	28	

1) 1988

Quelle: Alfred Boss: Unternehmensbesteuerung und Standortqualität, Kieler  
Diskussionsbeiträge 145/146, Kiel 1988, S. 57  
Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln; IW-trends 2/1992, S. 37



Tabelle 8

Vermögensteuer und Zusatzsteuern mit Gewinnsteuercharakter der nachgeordneten Gebietskörperschaften in wichtigen Industrieländern

	Vermögensteuern	Einzelstaatliche und/oder kommunale Ertragsteuern
Deutschland	Gewerbekapitalsteuer (a) Grundsteuer (a) Vermögensteuer (b)	Gewerbeertragsteuer (a)
Großbritannien	Grundsteuer (a) (rates)	
Italien		Gemeindeeinkommensteuer (c)
Frankreich	Gewerbesteuer (a) (taxe professionnelle)	
Schweiz	Vermögensteuer (a) Grundsteuer (a)	Kantonale und teilweise kommunale Körperschaftsteuer (c)
USA	Eigentumsteuer (a) (property tax)	einzelstaatliche und lokale Körperschaftsteuer (c)

(a) Als Betriebsausgabe absetzbar bei der Gewinnermittlung. - (b) Nicht als Betriebsausgabe absetzbar. - (c) Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage der Bundessteuer absetzbar.

Quelle: Alfred Boss: Unternehmensbesteuerung und Standortqualität, Kieler Diskussionsbeiträge 145/146, Kiel 1988, S. 27

Tabelle 9

Umweltschutzausgaben der privaten Wirtschaft  
- Millionen US-Dollar<sup>1</sup> -

	1980	Rang	1986	Rang	1991 <sup>4)</sup>	Rang	Veränderung 1991 gegenüber 1980	Rang
Österreich	296	9	625	7	1.166	7	+293,9	1
Deutschland	4.307	2	6.416 <sup>2</sup>	2	10.352	2	+140,4	2
Dänemark	58 <sup>4</sup>	11	70 <sup>4</sup>	11	81	11	+ 39,7	3
Frankreich	2.152 <sup>3</sup>	6	2.383	4	2.709	4	+ 25,9	4
Finnland	361	8	393	9	421	9	+ 16,6	5
USA	25.921	1	27.750	1	29.453	1	+ 13,6	6
Niederlande	570	7	601	8	628	8	+ 10,2	7
Großbritannien	4.025	3	3.656 <sup>2</sup>	3	3.258	3	- 19,1	8
Norwegen	211 <sup>4</sup>	10	185 <sup>2</sup>	10	157	10	- 25,6	9
Japan	2.760 <sup>4</sup>	4	2.265 <sup>4</sup>	5	1.925	5	- 30,3	10
Kanada	2.168 <sup>4</sup>	5	1.740 <sup>4</sup>	6	1.448	6	- 33,2	11

1) In Preisen und Wechselkursen von 1980

2) 1985

3) 1981

4) geschätzt

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln; IW-trends 2/1992, S. 47;  
4/1991, S. B-4

Tabelle 10

Umweltschutzausgaben  
in Prozent des Bruttonationalproduktes<sup>1</sup>

	<u>1980</u>		<u>1986</u>		<u>1991</u>	
		Rang		Rang		Rang
Österreich	1,12	8	1,50	3	1,88	1
Deutschland	1,45	5	1,53	2	1,74	2
Niederlande	1,10 <sup>2</sup>	9	1,28	6	1,46	3
USA	1,62	3	1,47	4	1,37	4
Kanada	2,04	1	1,59	1	1,33	5
Finnland	1,30	6	1,16	8	1,05	6
Japan	1,84	2	1,34	5	1,02	7
Großbritannien	1,54	4	1,20	7	0,93	8
Frankreich	0,87 <sup>3</sup>	12	0,88	11	0,91	9
Schweden	0,99	11	0,92	9	0,87	10
Dänemark	1,02 <sup>4</sup>	10	0,90	10	0,78	11
Norwegen	1,25 <sup>4</sup>	7	0,81	12	0,63	12

1) Öffentliche und private Ausgaben; US-Dollar in Preisen und Wechselkursen von 1980

2) 1985

3) 1981

4) 1978

Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln; IW-trends 2/1992, S. 46

Tabelle 11

Strompreisvergleich in der Europäischen Gemeinschaft (Stand 1991)

Verglichen werden die Strompreise von drei typischen Abnahmefällen in der Industrie. Die Strompreise enthalten keine Mehrwertsteuern, jedoch sonstige Abgaben (z.B. den deutschen Kohlepfennig). Die Strompreise sind in den angeführten Städten erhoben und stehen beispielhaft für den jeweiligen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft.

Industriestrompreisvergleich in der EG  
Stand Januar 1991 (in Pf/kWh ohne Mehrwertsteuer)

Abnahmefall	1,25 GWh/Jahr = 500 kW x 2.500 h		10 GWh/Jahr = 2.500 kW x 4.000 h		24 GWh/Jahr = 4.000 kW x 6.000 h	
	Pf/kWh	Rang	Pf/kWh	Rang	Pf/kWh	Rang
D Düsseldorf	22,44	2	18,47	1	14,75	2
E Madrid	21,15	3	17,62	3	15,86	1
I Mailand	23,36	1	17,72	2	13,48	4
L Luxemburg	16,60	5	10,86	12	9,20	11
IRL Dublin	16,39	8	12,52	8	10,76	8
P Lissabon	17,76	4	15,88	4	14,51	3
B Brüssel	16,45	6	13,34	6	11,31	6
GB London	16,43	7	14,16	5	12,66	5
NL Rotterdam	15,78	9	11,49	10	9,20	11
F Paris	14,61	10	11,97	9	10,22	10
GR Athen	14,08	11	13,11	7	11,11	7
DK Kopenhagen*)	13,38	12	11,11	11	10,63	9

Quelle: eurostat. Elektrizitätspreise 1985-1991; eigene Umrechnung von ECU in Pf, 1 ECU = 2,049 DM; GWh = 1 Mio. kWh.  
\*) ohne alle Steuern

Bundesverband der Deutschen Industrie, Anlage zum  
BDI-Rundschreiben EP 93/91 vom 19.11.1991